

Deutschland-Nürnberg: Baustellenüberwachung
OJ S 179/2023 18/09/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Autobahn GmbH des Bundes - NL Nordbayern
Postanschrift: Flaschenhofstr. 55
Ort: Nürnberg
NUTS-Code: DE254 Nürnberg, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 90402
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Vergabestelle
E-Mail: vergabe.nordbayern@autobahn.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.autobahn.de>
Adresse des Beschafferprofils: <https://www.autobahn.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://vergabe.autobahn.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-18a73a75a48-6f2cc18536ccd2dc
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://vergabe.autobahn.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Die Autobahn GmbH des Bundes

I.5. Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Planung, Bau, Betrieb und Erhaltung von Bundesautobahnen

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

BW 753a BOL + örtl. BÜ
Referenznummer der Bekanntmachung: A021850023350

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71521000 Baustellenüberwachung

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

A6 BW 753a Bauoberleitung Lph 8 HOAI und örtliche Bauüberwachung

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE256 Ansbach, Landkreis

Hauptort der Ausführung: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Nordbayern Flaschenhofstr.
55 90402 Nürnberg Deutschland

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

A6 BW 753a Bauoberleitung und örtl. Bauüberwachung (Lph 8 HOAI) Korrespondierend zum 6-streifigen Ausbau der BAB A6 östlich der AS Herrieden bis östlich der AS Lichtenau (Bau-km 752+985,5 bis Bau-km 753+214,5) erneuert die Autobahn GmbH des Bundes ab dem 05. Februar 2024 die Rezatbrücke (BW 753a). Die Maßnahme umfasst den Rückbau und die Erneuerung des Ingenieurbauwerks (BAB über WW, die Fränkische Rezat, GVS) einschl. erforderlicher streckenbaulicher Anpassungen.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Preis

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/01/2024 Ende: 31/12/2026

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Ist der Bewerber eine juristische Person, ist dieser nur dann

teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bewerbers nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Berufsangehörige die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt. Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann,

a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU) zu tragen oder

b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben.

Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge/ Eignungsleihe)

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische und berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die dafür vorgesehenen Teilleistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmen Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.

Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle

Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der

"Verpflichtungserklärung" abzugeben. Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

Eigenerklärung zur Eignung:

Angabe zu zwingenden bzw. optionalen Ausschlussgründen:

Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die

Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt.

Eigenerklärung,

- dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen bzw. bei nationalen

Vergabeverfahren keine schweren Verfehlungen vorliegen, die meine/unsere

Zuverlässigkeit in Frage stellen.

- dass der Bieter in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2

Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder

- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder

- gem. § 19 Mindestlohngesetz

mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der

Auftraggeber von dem Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister gem. § 6 WRegG beim Bundeskartellamt anfordern.

Weiterhin wird der Auftraggeber von dem Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, Nachweise hinsichtlich einer eventuell durchgeführten Selbstreinigung anfordern.

Angaben zur Zahlung von Steuer, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung:

Eigenerklärung, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung, soweit der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt wurde.

Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation:

Eigenerklärung,

- dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren

weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse

abgelehnt wurde und sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet bzw. seine Tätigkeit eingestellt hat.

- ob ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.

Bei Angeboten der engeren Wahl sind auf gesondertes Verlangen vorzulegen:

- Rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan

Angabe zur Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (Registereintragen):

Eigenerklärung,

- ob das Unternehmen im Handelsregister eingetragen ist mit Angabe der Nummer beim Amtsgericht.

- ob das Unternehmen zu keiner Eintragung in die genannten Register verpflichtet ist.

- ob das Unternehmen Mitglied einer bestimmten Organisation ist.

Gesonderter Hinweis:

Bitte um Beachtung der Ergänzung Eigenerklärung Bezug Russland.

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bieters und seinen Umsatz im

Tätigkeitsbereich des Auftrags in den letzten drei Geschäftsjahren (brutto).

Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung und Erklärung, dass diese während der gesamten Vertragslaufzeit aufrecht erhalten wird

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Bieter ist nur dann geeignet, wenn der Mindestjahresumsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags, 400.000,00 € (pro Geschäftsjahr) aufweist.

Berufshaftpflichtversicherung:

Es ist eine Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen für Personenschäden von 3,0 Mio EUR und Deckungssummen für sonstige Schäden von 5,0 Mio EUR bei einem, in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens vor Vertragsschluss abzuschließen und nachzuweisen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Leistungsfähigkeit der technischen Fachkräfte, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, inkl. berufliche Befähigung.

Angabe zu Teilen des Auftrages, die unter Umständen an Unterauftragnehmer vom Bieter vergeben werden sollen

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Die Leistungsfähigkeit der technischen Fachkräfte muss mindestens folgende Bedingungen aufweisen:

Mindestpersonaleinsatz:

1 Hauptkraft Bauoberleitung

1 Hauptkraft örtl. Bauüberwachung

1 Hauptkraft Bauabrechnung

(Vorlage eines Personaleinsatzplan mit namentlicher Nennung der eingesetzten Mitarbeiter und Vertretungsregelung)

Mindestanforderung an die eingesetzten Mitarbeiter (Qualifikation):

(Die Anforderungen sind mittels Studienabschluss und persönlichen Referenzen nachzuweisen)

Bauoberleitung (Hauptkraft):

- abgeschlossenes Hochschulstudium Fachrichtung Bauingenieurwesen
- 15 Jahre Berufserfahrung und Nachweis (persönliche Referenzen) der Betreuung von
 - (1) mind. zwei Projekte als Bauoberleitung im 6-oder 8-streifigen Aus- oder Umbau im Bundesfernstraßenbau mit einem Bauvolumen >50 Mio.€ innerhalb der letzten 10 Jahre
 - (2) mind. zwei Großbrückenbaumaßnahme (>100m) im Bundesfernstraßenbau- oder Eisenbahnnetz als Bauoberleitung innerhalb der letzten 10 JahreBeide Mindestbedingungen können auch über jeweils 1 Referenzprojekt nachgewiesen werden.

Bauüberwachung (Hauptkraft):

- abgeschlossenes Hochschulstudium Fachrichtung Bauingenieurwesen
- 10 Jahre Berufserfahrung und Nachweis (persönliche Referenzen) der Betreuung von
 - (1) mind. einem Projekt im 6-oder 8-streifigen Aus- oder Umbau im Bundesfernstraßenbau als örtl.

Bauüberwachung innerhalb der letzten 10 Jahre

(2) mind. einer Großbrückenbaumaßnahme (>100m) im Bundesfernstraßenbau- oder Eisenbahnnetz

als örtl. Bauüberwachung innerhalb der letzten 10 Jahre

Beide Mindestbedingungen können auch über 1 Referenzprojekt nachgewiesen werden.

Hauptkraft Bauabrechnung:

- techn. Mitarbeiter mit mind. drei Jahren Berufserfahrung in der Bauabrechnung im Straßen und Brückenbau (Nachweis eines Referenzprojektes im Straßenbau)

Für jede eingesetzte Hauptkraft muss mindestens eine gleichwertig qualifizierte Vertretung zur Verfügung stehen. Die Eignung (Qualifikation) der Vertretungen (Einhaltung der o.g.

Mindeststandards) ist ebenfalls nachzuweisen.

Der Bieter ist nur dann geeignet, wenn die von ihm benannten Unterauftragnehmer den Mindeststandards für die übernommenen Leistungen genügen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- und Verwaltungsvorschrift: Berufsqualifikation gemäß § 75 (1) bis (3) VgV.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1.

Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 17/10/2023 Ortszeit: 09:30

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/11/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 17/10/2023 Ortszeit: 09:30

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: entfällt

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3. Zusätzliche Angaben

Kleinere Büroorganisationen und Berufsanfänger werden besonders auf die Möglichkeit der Bildung von Bewerbergemeinschaften hingewiesen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Postanschrift: Villemombler Straße 76

Ort: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 22894990

Fax: +49 2289499163

VI.4.2. Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Autobahn GmbH des Bundes

Postanschrift: Heidestraße 15

Ort: Berlin
Postleitzahl: 10557
Land: Deutschland
E-Mail: recht@autobahn.de
Telefon: +49 30640960
Fax: +49 30403680811
Internet-Adresse: <https://www.autobahn.de>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann ein Nachprüfverfahren bei der Vergabekammer beantragt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Autobahn GmbH des Bundes
Postanschrift: Heidestraße 15
Ort: Berlin
Postleitzahl: 10557
Land: Deutschland
E-Mail: recht@autobahn.de
Telefon: +49 30640960
Fax: +49 30403680811
Internet-Adresse: <https://www.autobahn.de>

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

13/09/2023